



Die Hälfte der Eisenbahnbrücken in NRW ist dringend sanierungsbedürftig



Die Grüne Fraktion hat gemeinsam mit der Bundestagsfraktion das Ergebnis einer Kleinen Anfrage an die Bundesregierung vorgestellt: Knapp die Hälfte der Eisenbahnbrücken in Nordrhein-Westfalen ist in einem besorgnis-

erregenden Zustand. Insgesamt gibt es 4.369 Bahnbrücken in NRW. Davon haben 1.660 umfangreiche Schäden, 263 sind bereits so kaputt, dass sie nur noch abgerissen und neu gebaut werden können. Diese dramatische Bilanz ist damit nun erstmals öffentlich. Sie zeigt: Sollte es nicht zu umfangreichen Sanierungen bei den maroden Brücken kommen, drohen in den kommenden Jahren Sicherheitsmängel. Gleichzeitig müssen wir uns auf weitere Streckensperrungen in den kommenden Jahren einstellen.

Die Problematik ist der Bahn seit Jahren bekannt. Statt weiter Milliarden in prestigeträchtige Projekte wie Stuttgart 21 zu versenken, muss die DB endlich einen umfangreichen Sanierungsplan erstellen. Dieser sollte mit dem

Land, den Zweckverbänden und den Fahrgästen abgestimmt werden, um Beeinträchtigungen so gut wie möglich zu minimieren. Die DB Netz muss außerdem ihre Unternehmensgewinne in den Erhalt des Schienennetzes investieren, statt sie über die Bahn-Dividende in den Bundeshaushalt zu überführen. Das muss auch der Bund als Eigentümer der Bahn vorantreiben. Unser Grünes Ziel ist der Erhalt: Wir wollen die Verkehrsinfrastruktur erhalten, statt weiter auf Verschleiß zu fahren.

Die Ergebnisse der Kleinen Anfrage und eine Liste der besonders maroden Brücken gibt es auf der Homepage der Grünen Fraktion: <http://gruene.fr/bahn-bruecken>



FDP-Fraktion will Qualitätsanalyse transparenter gestalten

Die FDP-Fraktion setzt sich für beste Bildung für alle Schülerinnen und Schüler ein. Dazu gehört neben fairen Bedingungen für alle Schulformen und einer fundierten Lehreraus- sowie -fortbildung auch eine zeitgemäße Schulentwicklung. Die eigenverantwortliche Schule mit mehr Gestaltungs- und Entscheidungsfreiheiten ist nach Ansicht der FDP der richtige Weg. „Schulen können ihr Profil schärfen, etwa besondere Schwerpunkte bei musischer, sprachlicher oder naturwissenschaftlicher Förderung setzen. So kann individuellen Begabungen und Neigungen besser entsprochen werden“, erläutert Yvonne Gebauer, bildungspolitische Sprecherin der FDP-Fraktion. Die Entwicklung der eigenverantwortlichen Schule macht aber auch eine vergleichbare und externe Evaluation der Schulqualität notwendig. Um die qua-

litative Entwicklung von Schulen zu unterstützen, wurde 2006 die verbindliche Qualitätsanalyse eingeführt. Dabei besuchen Qualitätsprüfer die jeweilige Schule und erstellen einen Bericht.

Gegenwärtig werden die Ergebnisse der Qualitätsanalyse weitgehend schulintern behandelt. „Die Qualitätsberichte, die Stärken und Schwächen der Schulen dokumentieren, stehen der Öffentlichkeit vielfach nicht zur Verfügung“, bedauert Gebauer. Die FDP setzt sich für mehr Transparenz ein. Zwar ist es sinnvoll, dass sich zunächst Schulgremien, Schulträger und Verwaltung mit den Ergebnissen befassen. „Die unverbindlich bestehende Möglichkeit einer



Yvonne Gebauer (FDP)

anschließenden Veröffentlichung der Qualitätsberichte ist jedoch unzureichend. Eltern und Öffentlichkeit haben einen Anspruch auf wirkliche Transparenz“, erklärt die Schulexpertin. Deshalb fordert die FDP, dass die Qualitätsberichte zukünftig verbindlich veröffentlicht werden. Der Datenschutz muss hierbei selbstverständlich strikt eingehalten werden. Zudem fordert die FDP die rot-grüne Landesregierung auf, einen neuen Bericht zur

landesweiten Qualitätsanalyse vorzulegen – der letzte Bericht ist aus dem Jahr 2009.



Diskussion Schule: Es gibt mehr als nur G8 oder G9 ...

Schon wieder ist das System „Schule“ in aller Munde: In der aktuellen Debatte um G8/G9 an Gymnasien will die Landesregierung den achtjährigen Bildungsgang (G8) verbessern. Die Entwicklung in anderen Bundesländern zeigt aber: Es gibt Alternativen zu G8. Wir stehen für eine Flexibilisierung von schulischen Bildungsgängen, um die individuelle Entwicklung und entsprechende Förderung der Schülerinnen und Schüler in den Mittelpunkt zu rücken. Ein G8 kann nicht allen Anforderungen an Gymnasien gerecht werden.

Der Arbeit des Runden Tisches der Landesregierung soll in keiner Weise vorgegriffen werden. Aber um ein vollständiges Bild zu erhalten,



Monika Pieper (PIRATEN)

müssen Fragen nach einer flexibleren Gestaltung des Gymnasiums beantwortet werden. Daher fordern wir ein Gutachten von der Landesregierung, das Umsetzungsmöglichkeiten von Alternativen untersucht und die Ergebnisse dem Landtag und der Öffentlichkeit vorlegt. Dazu reichen wir in diesem Juni-Plenum einen Antrag ein.

Um den Bildungsgang an Gymnasien weiterzuentwickeln, müssen wir die Möglichkeiten einer zeitlichen Flexibilisierung prüfen. Alternativen wären z.B. das parallele Angebot von G8 und G9. Oder das Konzept von 2004, welches G8 mit einer zweijährigen Oberstufe vorsieht. Auch eine flexible Sekundarstufe I mit individualisiertem Verlauf und

Eintritt in eine dreijährige Oberstufe nach dem 9. oder 10. Schuljahr wäre eine Alternative.

Wir stehen für einen Mix aus G8 und G9. Den Schülerinnen und Schülern soll ermöglicht werden, ihre Schullaufbahn individuell zu absolvieren. Jeder soll für sich entscheiden können, ob man das Abitur in acht oder neun Jahren erreichen will. Echte individuelle Förderung schließt unterschiedliche Lerngeschwindigkeiten mit ein. Dazu werden die Klassenverbände durch ein flexibles Kurssystem ergänzt und teilweise abgelöst. Auch ein jahrgangsübergreifender Unterricht ist hierbei in Betracht zu ziehen.



PIRATEN FRAKTION
IM LANDTAG NRW